

Ansprüche aus dem Verhältnis der Wohnungseigentümer nach § 10 Abs. 1 WEG²⁷ und aus dem Gemeinschaftsverhältnis iSd §§ 741 ff. BGB²⁸ sind erfasst.

c) Grenzen. Auf Grund des Wortlauts des § 29 Abs. 1, der auf die streitige „Verpflichtung“ Bezug nimmt, sind **Verfügungen** vom Anwendungsbereich ausgenommen.²⁹ Demnach gilt die Vorschrift nicht für Rechtsgeschäfte, die auf die Aufhebung, Übertragung, Belastung oder Inhaltsänderung eines Rechts gerichtet sind. Ausgeschlossen sind daher vor allem Zessionen nach § 398 BGB und Überreibungen gemäß §§ 873, 925 und §§ 929 ff. BGB. Auch erbrechtliche Verträge iSd §§ 2274 ff., § 2346 BGB,³⁰ **Schuldverhältnisse auf Grund einseitiger Willenserklärung** wie die Auslobung nach § 657 BGB,³¹ prozessrechtliche Vereinbarungen wie etwa Schiedsverträge iSd §§ 1025 ff.³² und die Geschäftsführung ohne Auftrag³³ sowie Insolvenzanfechtungstatbestände³⁴ sind nicht erfasst. Ebenso scheiden Ansprüche wegen **Gewinnzusagen** gemäß § 661a BGB aus,³⁵ weil es sich insoweit um die Haftung aus einem gesetzlichen und nicht vertraglichen Schuldverhältnis handelt, welches durch eine geschäftsähnliche Handlung begründet wurde (vgl. → Rn. 45, → § 32 Rn. 9).³⁶ Dagegen können Vereinbarungen unter Miterben im Rahmen der Auseinandersetzung dem Anwendungsbereich des § 29 unterfallen.³⁷

Weiter sind gesetzliche Verpflichtungen aus Delikt nach §§ 823 ff. BGB³⁸ (→ § 32 Rn. 2 ff.), Inhaberschuldverschreibungen iSd § 794 BGB,³⁹ Ansprüche auf Erteilung einer Quittung oder Rückgabe des Schuldscheins gemäß §§ 368, 371 BGB oder solche aus ungerechtfertigter Bereicherung (§§ 812 ff. BGB) ausgenommen. Im Rahmen **kondiktionsrechtlicher Ansprüche** ist jedoch zu unterscheiden. Im Allgemeinen gilt, dass für diese Ansprüche der Gerichtsstand des § 29 nicht eröffnet ist,⁴⁰ weil es sich nicht um Ansprüche vertraglicher Art handelt. Dabei ist jedoch der Kläger im Hinblick auf das zuständige Gericht nach § 29 besonders deshalb und dann schutzbedürftig, wenn die Nichtigkeit des Vertrages (zB nach § 142 Abs. 1 BGB) seine Ursache in einem Verhalten des Beklagten findet.⁴¹ Der zunächst vorgenommene Leistungsaustausch auf Grund (vermeintlichen) Vertrages rechtfertigt insofern keine unterschiedliche Behandlung der Rückabwicklung im Bereicherungsrecht im Vergleich zu einer solchen nach erfolgtem Rücktritt iSd § 346 BGB. So zeitigt das Gegenseitigkeitsverhältnis des fehlgeschlagenen Vertrages nach der Saldotheorie⁴² auch Wirkungen auf das Rückabwicklungsverhältnis.⁴³ Das Fortwirken des inneren Zusammenhangs zwischen den ausgetauschten Leistungen ist daher auch im Rahmen des § 29 zu berücksichtigen, weshalb Ansprüche aus Leistungskondiktion auf Grund nichtiger Verträge dem Anwendungsbereich der Norm unterfallen.⁴⁴ Auf Grund der engen Verknüpfung zur vertraglichen Beziehung wird dies auch dann angenommen, wenn bei bestehendem Vertrag die Rückzahlung überzahlter Beträge aus Bereicherungsrecht verlangt wird.⁴⁵

Familienrechtlich begründete Verpflichtungen wie beispielsweise das Verlöbnis iSd §§ 1298 ff. BGB werden nicht vom Gerichtsstand des § 29 in Bezug genommen. Wegen seiner besonderen Rechtsnatur kann das **Verlöbnis** als Vertragsverhältnis im weiteren Sinn anderen schuldrechtlichen Vereinbarungen nicht gleichgesetzt werden.⁴⁶ Die Unklagbarkeit der Einlösung des Eheversprechens, § 1297 Abs. 1 BGB, sowie die Rechtsnatur des Anspruchs aus § 1301 BGB⁴⁷ als selbständigen besonderen Rechtsgrund für einen Bereicherungsanspruch schließen eine Anwendung des § 29 aus.⁴⁸ Gleichermaßen muss bei familienrechtlichen Verträgen, die eine Konkretisierung der gesetzlichen Unterhaltspflicht darstellen, die Anwendung des § 29 ebenso versagt bleiben⁴⁹ wie bei einem Anspruch aufgrund der Mitverpflichtung des Ehepartners gemäß § 1357 Abs. 1 S. 2 BGB.⁵⁰ Die verfassungsrechtlich nicht zu beanstandende Ungleichbehandlung von nichtehelichen Lebensgemeinschaften und Ehen⁵¹ und die fehlende Kongruenz von Ver-

²⁷ OLG Stuttgart Justiz 2000, 85.

²⁸ OLG Karlsruhe OLGR 2000, 191.

²⁹ OLG Celle MDR 1962, 992.

³⁰ OLG Celle MDR 1962, 992; Thomas/Putzo/Hüftege Rn. 3; Zöller/Schultzky Rn. 11; Anders/Gehle/Bünnigmann Rn. 5 „Erbvertrag“; MüKoZPO/Patzina/Windau Rn. 15; Stein/Roth Rn. 7, 8 (einschr. bzgl. Miterbenausschließung).

³¹ MüKoZPO/Patzina/Windau Rn. 16; Thomas/Putzo/Hüftege Rn. 3.

³² BGH NJW 1952, 1336; Zöller/Schultzky Rn. 12; MüKoZPO/Patzina/Windau Rn. 17; aA Stein/Roth Rn. 8.

³³ BayObLG MDR 1981, 233 (234); OLG Hamm IBR 2012, 303.

³⁴ Mock ZInsO 2009, 470 (473).

³⁵ AA Zöller/Schultzky Rn. 6 f., 25 „Gewinnzusage“.

³⁶ Vgl. EuGH NJW 2005, 811 (812); BGH NJW 2006, 230 (232); 2004, 1652 f.; Lorenz NJW 2000, 3305 (3307); ders. IPRax 2002, 192 f.; Lorenz/Unberath IPRax 2005, 219 (221 ff.); aA Thomas/Putzo/Hüftege Rn. 3 unter Verweis auf OLG Dresden MDR 2005, 591, wobei dort nur die Anwendbarkeit von § 32 ausgeschlossen wurde.

³⁷ Stein/Roth Rn. 8; Prütting/Gehrlein/Wern Rn. 4, 10.

³⁸ RGZ 2, 408 (410).

³⁹ Zöller/Schultzky Rn. 15; Anders/Gehle/Bünnigmann Rn. 5 „Inhaberpapier“.

⁴⁰ BGH NJW 1996, 1412; BayObLG BB 1990, 2442; Stein/Roth Rn. 6.

⁴¹ Vgl. MüKoZPO/Patzina/Windau Rn. 20; krit. Wieczorek/Schütze/Smid/Hartmann Rn. 26.

⁴² BGH NJW 1995, 454 (455); 1999, 1181.

⁴³ Grüneberg/Retzlaff § 818 Rn. 47; Medicus/Petersen, Rn. 228 f.

⁴⁴ Mues ZIP 1996, 742; Zöller/Schultzky Rn. 6 f., 13; MüKoZPO/Patzina/Windau Rn. 20; Stein/Roth Rn. 6; Spickhoff ZJP 109 (1996), 510; in diese Richtung auch OLG Saarbrücken NJW 2005, 906 (907); aA Zimmermann ZPO Rn. 5b; RGZ 49, 421; BGH NJW 1962, 739; BayObLG BB 1990, 2442.

⁴⁵ OLG Stuttgart BauR 1996, 149; OLGR 2004, 362.

⁴⁶ Vgl. BGHZ 20, 195 (196); 28, 375 (377); Thomas/Putzo/Hüftege Rn. 3.

⁴⁷ RGZ 23, 172; aA OLG Celle MDR 1949, 368.

⁴⁸ BGH LM Nr. 8 (7/1996) mAnm Geimer = NJW 1996, 1411 (1412); Mankowski IPRax 1997, 175; RSG Zivil-PraxR § 36 Rn. 11; MüKoZPO/Patzina, 6. Aufl. 2020, Rn. 12.

⁴⁹ BayObLG NJW-RR 1999, 1293 (1294); OLG Dresden MDR 2000, 1325; Zöller/Schultzky Rn. 10; aA MüKoZPO/Patzina/Windau Rn. 15; AG Siegburg MDR 1998, 61; Stein/Roth Rn. 8.

⁵⁰ LG Heidelberg NJW-RR 2014, 777; vgl. auch EuGH (C-26/91) BeckRS 2004, 75771 (zu Art. 5 EuGVVO).

⁵¹ BVerfG FamRZ 2003, 356.

löbnis- und nichtehelicher Lebensgemeinschaft⁵² lassen bei letzterer eine andere Beurteilung zu. So unterfallen Verpflichtungsverträge zwischen Partnern einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft dem § 29.⁵³

- 9 2. Begriff der Streitigkeiten. a) Allgemeines.** Die Regelung des § 29 erfasst alle **Klagen** und Anträge auf **vorläufigen Rechtsschutz**, denen (vermeintliche) Ansprüche aus Verpflichtungsverträgen zugrunde liegen.⁵⁴ Die Vorschrift greift daher grundsätzlich bei Leistungs-, Gestaltungs- und Feststellungsklagen genauso wie bei Arrestanträgen (§ 919) und solchen auf Erlass einer einstweiligen Verfügung (§ 937) ein. Welches Recht zwischen den Parteien anwendbar ist, ob es sich um eine vermögens- oder nichtvermögensrechtliche Streitigkeit handelt⁵⁵ oder worauf der Anspruch gerichtet ist, hat auf die Anwendbarkeit des § 29 keinen Einfluss.⁵⁶ Der Antrag kann gegen den Vertragspartner gerichtet sein oder gegen Dritte wie etwa die abgeleitet haftenden Gesellschafter nach §§ 126,⁵⁷ 161, 171 HGB (→ Rn. 5)⁵⁸ oder etwaige Rechtsnachfolger (vgl. → Rn. 3).
- 10 b) Leistungsklagen.** Dazu gehören insbesondere solche, die auf Erfüllung des Vertrages gerichtet sind. Unerheblich ist dabei, ob die vertragliche Verpflichtung Haupt- oder Nebenleistung ist bzw. in einem Tun, Dulden oder Unterlassen besteht. § 29 ist daher auch auf Streitigkeiten wegen selbständiger vertraglicher Nebenpflichten wie der Abnahme der Ware beim Kaufvertrag nach § 433 Abs. 2 BGB, der Verpflichtung zur Sicherheitsleistung oder Zahlung einer Vertragsstrafe anwendbar.⁵⁹ Aber auch Klagen auf **Rückgewähr der Leistung** gehören hierher, etwa wenn der Vertrag unter auflösender Bedingung geschlossen wurde,⁶⁰ ein vertragliches oder gesetzliches Rücktrittsrechts iSd § 346 BGB⁶¹ oder aber Ansprüche aus § 812 Abs. 1 S. 1 Alt. 1 BGB auf Grund nichtigen Vertrages geltend gemacht werden (→ Rn. 7).⁶² Die Vorschrift erfasst Streitigkeiten aus Vertriebsvereinbarungen, die einem Makler Provisionsansprüche einräumen.⁶³ Weiter gehören hierher die Ansprüche, welche auf **Schadensersatz** wegen Verletzung einer vertraglichen Haupt- oder Nebenpflicht (insbesondere § 280 BGB) gerichtet sind.⁶⁴ Hierunter fällt auch das von §§ 280, 311 Abs. 2, 3, 241 Abs. 2 BGB gesetzlich geregelte Verschulden bei Vertragsschluss⁶⁵ und die Pflichtverletzung (früher: positive Vertragsverletzung).⁶⁶ Die Inanspruchnahme des falsus procurator nach § 179 Abs. 1 BGB (→ Rn. 4), der Ersatz des negativen Interesses gemäß § 122 Abs. 1 BGB⁶⁷ und Klagen auf Zustimmung zur Auszahlung von Auseinandersetzungsguthaben nach Beendigung einer GbR werden ebenfalls erfasst.⁶⁸ Auch hierunter zu fassen sind Schadensersatzforderungen wegen Pflichtverletzung eines Organs einer AG.⁶⁹ Insbesondere erfasst sind zudem die Haftung des Gesellschafters für die Vertragsschulden der OHG (§ 128 HGB)⁷⁰ und die des Kommanditisten für die KG (§§ 161, 171 HGB)⁷¹ sowie die Klage wegen Haftung des Handelnden (§ 41 Abs. 1. S. 2 AktG, § 11 GmbHG, § 54 BGB)⁷².
- 11 c) Gestaltungsklagen.** Gestaltungsklagen unterfallen dem Gerichtsstand des § 29 insoweit, wie sie die Anpassung eines Vertrages, dessen Umgestaltung oder dessen Aufhebung betreffen.⁷³ Dazu gehören etwa solche wegen Wegfalls der Geschäftsgrundlage (§ 313 Abs. 1 BGB), auf Auflösung der Gesellschaft oder Ausschluss eines Gesellschafters (§§ 139 Abs. 1, 134 S. 1), auf Bestimmung der vertragsgemäßen Leistung (§§ 315 ff. BGB) sowie Herabsetzung der Vertragsstrafe (§ 343 Abs. 1 S. 1 BGB), des Anwalts honorars (§ 4 Abs. 4 RVG) oder des Maklerlohns (§ 655 BGB).⁷⁴
- 12 d) Feststellungsklagen.** Feststellungsklagen iSd § 256 werden von der Vorschrift erfasst, sofern sie das Bestehen oder Nichtbestehen⁷⁵ einzelner vertraglicher Verpflichtungen und des gesamten Vertrages zum Gegenstand haben. Nicht zulässig ist die bloße Feststellung des Abschlusses des Vertrages, weil dies nicht dem von § 256 Abs. 1 geforderten Rechtsverhältnis unterfällt.⁷⁶
- 13 e) Grenzen.** Die Vorschrift greift nicht ein, soweit ausschließliche Gerichtsstände zu berücksichtigen sind. Das ist der Fall bei Streitigkeiten aus Miet- oder Pachtverhältnissen gemäß § 29a, außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen (Haustürgeschäfte) iSd § 29c Abs. 1 S. 2, Fernunterrichtsverträgen nach § 26 FernUSG und bei der Zuständigkeit für das Mahnverfahren aus § 689 Abs. 2 S. 1, 2. Sofern die ausschließliche Zuständigkeit des Familiengerichts (zB §§ 122, 152, 170, 187, 201, 218, 232, 262, 267 FamFG) begründet ist, kommt § 29 ebenfalls nicht zur Anwendung. Aber auch wirksam nach

⁵² Grüneberg/Götz Einl. v. § 1297 Rn. 10.

⁵³ Stein/Roth Rn. 8; Prütting/Gehrlein/Wern Rn. 9; Zöller/Schultzky Rn. 10.

⁵⁴ Thomas/Putzo/Hüftege Rn. 3 f.; Stein/Roth Rn. 4 ff.; BGH NJW 1996, 1411; 2011, 2056 (2058).

⁵⁵ RGZ 7, 338 (340); OLG Celle MDR 1949, 368.

⁵⁶ Wiczorek/Schütze/Smid/Hartmann Rn. 14.

⁵⁷ RGZ 32, 44 f.

⁵⁸ RGZ 46, 352 f.; BayObLG MDR 2002, 1360; OLG Schleswig BB 2004, 462.

⁵⁹ MüKoZPO/Patzina/Windau Rn. 18, 25; Zöller/Schultzky Rn. 18; OLG Karlsruhe OLGR 2000, 403 (Vertragsstrafe gegen GbR).

⁶⁰ Stein/Roth Rn. 16; MüKoZPO/Patzina Rn. 5.

⁶¹ BGH NJW 1983, 1479; 1962, 739; RGZ 32, 430 (431 f.); BayObLG NZM 2002, 796; MDR 2004, 646; OLG Saarbrücken NJW 2005, 906 (907); OLG Düsseldorf (I-22 W 19/13) BeckRS 2013, 12957; OLG Karlsruhe BB 2013, 1601; MüKoZPO/Patzina/Windau Rn. 20; Thomas/Putzo/Hüftege Rn. 4.

⁶² MüKoZPO/Patzina/Windau Rn. 20; Stein/Roth Rn. 16; vgl. auch OLG Saarbrücken NJW 2005, 906 (907).

⁶³ KGR 2000, 232.

⁶⁴ OLG Schleswig OLGR 2005, 631; OLG Saarbrücken NJW 2000, 670 (671); BayObLG NJW 2002, 2888.

⁶⁵ BayObLG NZM 2002, 796; VersR 1985, 741 (743); Zimmer NJW 2002, 1 (6 f.); Jauernig/Hess ZivProzR § 9 Rn. 24; Thomas/Putzo/Hüftege Rn. 4; aA LG Kiel NJW 1989, 841.

⁶⁶ BGH NJW 1974, 410 f.; BayObLG BB 2001, 1923; 1997, 1868 mAnm Vollkommener EWiR § 36 1/98, 141.

⁶⁷ MüKoZPO/Patzina/Windau Rn. 9; Zöller/Schultzky Rn. 19, 6.

⁶⁸ OLG Zweibrücken EWiR 1/98, 911 mAnm Schneider.

⁶⁹ Thomas/Putzo/Hüftege Rn. 4.

⁷⁰ RGZ 32, 44.

⁷¹ RGZ 46, 352.

⁷² OLG München OLGZ 196, 424.

⁷³ Zöller/Schultzky Rn. 20; Stein/Roth Rn. 17.

⁷⁴ MüKoZPO/Patzina/Windau Rn. 27; Kern/Diehm/Eymelt-Niemann Rn. 21.

⁷⁵ OLG Celle (3 U 157/19) BeckRS 2020, 6552; LG Saarbrücken WM 1985, 939 (940).

⁷⁶ Anders/Gehle/Bünnigmann Rn. 8; Stein/Roth Rn. 14.

§ 38 vorgenommene Gerichtsstandsvereinbarungen und die besonderen (nicht ausschließlichen) Gerichtsstände der §§ 603, 605a für Ansprüche aus Wechsel oder Scheck sind zu beachten; für das Aufgebotsverfahren gilt § 466 FamFG. Im Übrigen können **Anfechtungsklagen** gemäß §§ 129 ff. InsO⁷⁷ oder nach §§ 3 ff. AnfG⁷⁸ nicht vor dem Vertragsgerichtsstand erhoben werden. Ebenso wenig gehören **Aussonderungsklagen** gegen den Insolvenzverwalter hierher.⁷⁹ Wegen Klagen von Massegläubigern auf Grund der Erfüllungswahl des Verwalters aus § 103 InsO kommt demgegenüber § 29 zur Anwendung (vgl. auch die Erl. zu § 19a). Als selbständige Bereicherungstatbestände fallen familienrechtlich begründete Ansprüche aus §§ 1301, 812 ff. bzw. §§ 531 Abs. 2, 812 ff. BGB nicht in den sachlichen Geltungsbereich des § 29 (→ Rn. 8).

III. Erfüllungsort

1. Gesetzlicher Erfüllungsort, § 29 Abs. 1. a) Allgemeines. Die Regelung des § 29 Abs. 1 bestimmt als zuständiges Gericht dasjenige an dem Ort, wo die streitige Verpflichtung zu erfüllen ist. Dabei genügt für die Begründung des Vertragsgerichtsstandes, dass zumindest ein Teil der Leistung im Bezirk des angerufenen Gerichts zu erbringen ist.⁸⁰ Handelt es sich um mehrere Verpflichtungen, ist nicht zwingend ein einheitlicher Erfüllungsort gegeben; vielmehr ist grundsätzlich der Erfüllungsort **für jede Verpflichtung gesondert** zu bestimmen.⁸¹ Dies gilt auch für die Geltendmachung synallagmatisch verknüpfter Leistungspflichten.⁸² Aus den Umständen des Vertrages kann sich dabei ergeben, dass dennoch ein gemeinsamer Erfüllungsort anzunehmen ist (→ Rn. 17).⁸³ Soweit die Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens des gesamten Vertrages zu beurteilen ist, ist auf den Erfüllungsort für die klägerische Hauptleistungspflicht abzustellen.⁸⁴ 14

b) Bestimmung des Erfüllungsorts. Der Ort der Erfüllung der vertraglichen Verpflichtung folgt aus **sachlichem Recht**, dh er bestimmt sich danach, wo auf Grund materiell-rechtlicher Vorschriften oder (ausdrücklicher oder konkludenter) Parteivereinbarung die im Streit befindliche vertragliche Verpflichtung zu erfüllen ist.⁸⁵ Für die prozessual beachtliche Vereinbarung eines Erfüllungsortes sind dabei die Voraussetzungen des § 29 Abs. 2 zu berücksichtigen (→ Rn. 38 ff.). Als gesetzliche Sonderregelungen kommen vor allem die §§ 374 Abs. 1, 604 Abs. 1, 697, 700 Abs. 1 S. 3, 811 Abs. 1, 1194 BGB, § 36 VVG, Art. 1 Nr. 5, Art. 2 Abs. 3, Art. 75 Nr. 4, Art. 76 Abs. 3 WG, Art. 1 Nr. 4, Art. 2 Abs. 2, 3 ScheckG in Betracht. 15

c) Haupt- und Nebenleistungspflichten. Im Hinblick auf vertragliche Nebenleistungspflichten normiert § 269 Abs. 3 BGB eine negative Auslegungsregel. Derzufolge kann aus der Vertragspflicht des Schuldners, die **Versendungskosten** zu tragen, nicht darauf geschlossen werden, dass der Bestimmungsort auch Leistungsort sei.⁸⁶ Soweit die Parteien des Vertrages keine Abrede darüber getroffen haben, sind Nebenpflichten regelmäßig am Ort der Hauptleistungspflicht zu erfüllen.⁸⁷ Das gilt insbesondere für Ansprüche auf **Auskunfts- und Rechnungslegung**,⁸⁸ eine Vertragsstrafeverpflichtung,⁸⁹ Aufklärungspflichten⁹⁰ oder ein Unterlassungsbegehren.⁹¹ Ebenso bestimmt der Übergabeort der verkauften Sache den Ort, an dem vertraglich geschuldete Beratungen zu erbringen sind.⁹² Wird **Schadenersatz** verlangt, ist auf die den Anspruch begründende Pflichtverletzung abzustellen, weil die Schadenersatzpflicht Surrogat für die ursprüngliche Verpflichtung ist;⁹³ soweit dies eine Nebenpflicht ist, bestimmt wiederum die entsprechende Hauptleistungspflicht den Erfüllungsort.⁹⁴ Im Rückgewährschuldverhältnis nach Rücktritt ist die Rückgabeverpflichtung maßgeblich. Dabei ist auf den Ort abzustellen, wo sich die zurückzugewährende Leistung im Zeitpunkt des Rücktritts vertragsgemäß befindet (sog. Austauschort).⁹⁵ 16

d) Gemeinsamer Erfüllungsort für Leistung und Gegenleistung. Zwar ist auch bei gegenseitigen Verträgen der Erfüllungsort für jede Verpflichtung gesondert zu bestimmen und nicht notwendig einheitlich (→ Rn. 14).⁹⁶ Bei **ortsbezogenen Verpflichtungen** folgt jedoch nach überwiegender Ansicht der 17

⁷⁷ RGZ 30, 402; OLG Karlsruhe MDR 1979, 681.

⁷⁸ BayObLG BB 1990, 2442.

⁷⁹ RGZ 31, 392 (393); Zöller/Schultzky Rn. 15; aA Stein/Roth Rn. 5.

⁸⁰ LG Trier NJW-RR 2003, 287 (288) (zu Art. 5 Nr. 1 EuGVÜ).

⁸¹ BGH NJW 2004, 54 = BB 2003, 2709; BayObLG BB 1983, 1696; NJW-RR 1997, 699; Womelsdorf MDR 2001, 1161.

⁸² RGZ 140, 69; BGH NJW 1995, 1546 f.; 1986, 935; OLG Karlsruhe NJW 2003, 2175; MüKoZPO/Patzina/Windau Rn. 29 ff.

⁸³ Stein/Roth Rn. 19.

⁸⁴ RGZ 56, 138; Stein/Roth Rn. 14, 20; Anders/Gehle/Bünnigmann Rn. 17.

⁸⁵ Eingehend zur Bestimmung des Erfüllungsorts BGH NJW-RR 2013, 309; 2007, 777; Fehrenbach ZJP 2016, 295 ff.; MüKoZPO/Patzina/Windau Rn. 28; Einsiedler NJW 2001, 1549; Geimer DNotZ 1996, 1054; Kern/Diehm/Eymelt-Niemann Rn. 24; ausf. zum Erfüllungsort bei Rückabwicklung verbundener Verträge Wilke, AcP 223, 883.

⁸⁶ Wieczorek/Schütze/Smid/Hartmann Rn. 40.

⁸⁷ RGZ 70, 199; OLG München OLGR 2009, 332; Fricke VersR 1997, 404; Anders/Gehle/Bünnigmann Rn. 20 „Nebenpflicht“; OLG Karlsruhe OLGR 2000, 403; diff. hierzu Fehrenbach ZJP 2016, 295 (300 f.).

⁸⁸ BGH NJW 2002, 2703 (Depotvertrag); OLG Düsseldorf NJW 1974, 2185; LG Offenburg ZIP 1988, 1562 (1563).

⁸⁹ RGZ 69, 12; OLG Karlsruhe OLGR 2000, 403.

⁹⁰ OLG München OLGR 2009, 332.

⁹¹ OLG Dresden OLG-NL 2002, 210.

⁹² OLG Celle RIW 1985, 571 (575).

⁹³ RGZ 55, 423; BGHZ 134, 201 (205) (zu Art. 5 Nr. 1 EuGVÜ); BayObLG MDR 1998, 737; NJW 2002, 2888; OLG Schleswig OLGR 2005, 630; 2005, 631; OLG Frankfurt a. M. OLGR 2005, 568; Musielak/Voit GK ZPO Rn. 93.

⁹⁴ OLG München OLGR 2009, 332.

⁹⁵ RGZ 155, 105 (111); BGHZ 87, 105 (109 f.); OLG Bremen OLGR 2003, 99; KG (2 AR 9/16) BeckRS 2016, 06514; siehe auch LG München I (31 O 4974/16) BeckRS 2016, 09837; Stein/Roth Rn. 21.

⁹⁶ BGH NJW 2004, 54 = BB 2003, 2709; BayObLG NJW-RR 2006, 15.

Erfüllungsort der Gegenleistung dem der vertragscharakteristischen Leistung.⁹⁷ Zu Recht wird kritisch darauf aufmerksam gemacht, dass damit der Schutz des Gläubigers der Gegenleistung zu Gunsten der Entscheidung durch ein orts- und damit sachnahes Gericht vernachlässigt wird.⁹⁸ Auch wenn eine vertragscharakteristische Leistungspflicht besteht, lässt sich allein hieraus noch nicht herleiten, dass diese den Schwerpunkt des Vertrags bestimme. Das Grundprinzip des gegenseitigen Vertrags, welches – entsprechend den Vorstellungen der Vertragsparteien – von der Gleichwertigkeit der beiderseitigen Leistungen ausgeht, widerspricht der Begründung eines einheitlichen Erfüllungsortes nur anhand der einen Leistungspflicht.⁹⁹ Deshalb kann ein solcher Erfüllungsort nur ausnahmsweise zugrunde gelegt werden, wenn besondere zusätzliche Umstände aus der Natur des Vertrages eine Auseinandersetzung an einem Vertragsgerichtsstand interessengerecht erscheinen lassen.¹⁰⁰ Insofern kommen etwa Barkäufe des täglichen Lebens (vgl. → Rn. 28 „Kaufverträge“),¹⁰¹ Bauwerksverträge (vgl. → Rn. 36 „Werkverträge“)¹⁰² oder aber Arbeitsverträge (vgl. → Rn. 20)¹⁰³ in Betracht. So ist erstgenannten Verträgen die Charakteristik eigen, sofort erledigt zu werden, bei Bauwerksverträgen erfolgt eine ortsgebundene Errichtung des Werkes und eine dortige Abnahme seitens des Bestellers und bei Arbeitsverträgen ist am Ort der Erbringung der Arbeitsleistung auch eine besondere Fürsorgepflicht seitens des Arbeitgebers begründet.¹⁰⁴

18 2. Natur des Schuldverhältnisses. Soweit keine gesetzlichen Sonderregelungen (vgl. → Rn. 15) oder eine Parteivereinbarung eingreifen, ist der Erfüllungsort den vertraglichen Umständen zu entnehmen. Dabei ist gemäß § 269 Abs. 1 BGB insbesondere auf die Natur des Schuldverhältnisses abzustellen und unter Kaufleuten sind etwa bestehende Handelsbräuche zu berücksichtigen, § 346 HGB.¹⁰⁵

19 3. Auslegungsregel des § 269 Abs. 1, 2 BGB. Nur soweit keine Bestimmung über den Erfüllungsort getroffen ist und dieser sich nicht aus den Umständen ergibt, hat die Leistung an dem Ort zu erfolgen, an welchem der Schuldner zur Zeit der Entstehung des Schuldverhältnisses seinen Wohnsitz hatte, § 269 Abs. 1 BGB. Damit kommt subsidiär der Wohnsitz nach §§ 7 ff. BGB, bei einer Gesellschaft deren Sitz (→ § 17 Rn. 7 ff.)¹⁰⁶ und bei einer im Gewerbebetrieb des Schuldners entstandenen Verbindlichkeit der Ort der Niederlassung (§ 269 Abs. 2 BGB) zum Tragen. Gemäß § 269 Abs. 1 BGB ist der Zeitpunkt der Entstehung des Schuldverhältnisses maßgebend; ein späterer Wohnsitz- oder Niederlassungsortwechsel ist unbeachtlich.¹⁰⁷ Eine Ausnahme bildet insoweit die Vorschrift des § 36 VVG, welche für die Prämienzahlung auf den jeweiligen Wohnsitz bzw. Sitz der Niederlassung des Versicherungsnehmers abstellt.

4. Einzelfälle

20 – Anwaltsverträge. Bei Klagen auf Zahlung des Anwaltshonorars ist in der Regel nicht auf den Ort des Kanzleisitzes, sondern auf den Wohnsitz des Beklagten zur Zeit der Entstehung des Schuldverhältnisses (§ 269 Abs. 1 BGB) abzustellen.¹⁰⁸ Angesichts der Wandlung des Berufsbildes des Rechtsanwalts, den Wegfall der Zulassungsbeschränkungen für die vor den Landgerichten geführten Verfahren, die Zunahme des bargeldlosen Zahlungsverkehrs und der Natur des Anwaltsvertrages ist nicht mehr ein einheitlicher Erfüllungsort am Sitz der Kanzlei anzunehmen.¹⁰⁹ Damit liegt auch der Erfüllungsort für Ansprüche aus solchen Verträgen auf Zahlung des Honorars nicht am Ort der Kanzlei, sondern vielmehr ist Erfüllungsort für die Gebührenschuld als Geldschuld iSd § 270 BGB der Wohnsitz des Mandanten, soweit keine andere Bestimmung getroffen ist, § 269 Abs. 1 BGB.¹¹⁰ Sie ist nicht am Wohnsitz des Beklagten zu erfüllen, weil die streitige Leistungspflicht nicht von einer Beschaffenheit ist, die es als sachgerecht und im mutmaßlichen Willen der Parteien stehen erscheinen lässt, am Wohnsitz des Beklagten erfüllt zu werden.¹¹¹ Zudem ist durch den besonderen Wahlgerichtsstand des § 34 ZPO sichergestellt, dass für Gebührenklagen von Prozessbevollmächtigten die besondere Sachkunde des Gerichts des Hauptprozesses genutzt werden kann.¹¹² Im Hinblick auf Mandanten, die ihren (Wohn-)Sitz in einem Mitgliedstaat der

⁹⁷ BGH NJW 1996, 1411 (1412); Stein/Roth Rn. 44; MüKoZPO/Patzina Rn. 24; Zöller/Schultzy Rn. 24 f.; MüKoBGB/Krüger § 269 Rn. 19 ff.; Grüneberg/Grüneberg § 269 Rn. 11 ff.; ausf. Staudinger/Artz NJW 2011, 3121; abl. Einsiedler NJW 2001, 1549; Stöber NJW 2006, 2661 (2662); Schmidt MDR 1993, 410; Prechtel NJW 1999, 3617 (3618); Siemon MDR 2002, 366.

⁹⁸ AG Frankfurt a. M. NJW 2000, 1802 f.; Wiczorek/Schütze/Smid/Hartmann Rn. 41; vgl. auch Prechtel BGHR-report 2004, 183.

⁹⁹ Einsiedler NJW 2001, 1549; Stöber NJW 2006, 2661 (2662 f.); Schmidt MDR 93, 410; OLG Karlsruhe NJW 2003, 2174 (2175); LG Mainz NJW 2003, 1612; AG Frankfurt a. M. NJW 2000, 1802 f.

¹⁰⁰ BGH BB 2003, 2709; BayObLG NJW-RR 2006, 15; vgl. Stöber NJW 2006, 2661 (2663); ders. AGS 2006, 413 (414).

¹⁰¹ BGH MDR 2003, 402.

¹⁰² BGH NJW 1986, 935.

¹⁰³ BAG NZA 2003, 339.

¹⁰⁴ BGH BB 2003, 2709; Prechtel MDR 2003, 667 (668).

¹⁰⁵ BGH NJW 1981, 2042 (2043); LG Waldshut-Tiengen RIW 1979, 784 (785).

¹⁰⁶ BayObLG ZIP 2002, 1998 (Sitz einer GbR).

¹⁰⁷ BGH NJW 2004, 54; 1988, 1914; NJW-RR 2004, 932; BayObLG NJW-RR 1996, 956; OLG München (34 AR 53/17) BeckRS 2017, 107903; OLG München BeckRS 2007, 11816 = MDR 2007, 1278 (1279); OLG Zweibrücken EWiR 1998, 912; OLG Stuttgart NJW 1987, 1076; Kern/Diehm/Eymelt-Niemann Rn. 34.

¹⁰⁸ BGH NJW 2004, 54; NJW-RR 2004, 932; BB 2003, 2709; OLG Karlsruhe NJW 2003, 2174; LG Frankfurt a. M. NJW 2001, 2640; OLG Frankfurt a. M. NJW 2001, 1583; AG Spandau NJW 2000, 1654; AG Frankfurt a. M. NJW 2000, 1802; Einsiedler NJW 2001, 1549; Prechtel NJW 1999, 3617 f.; ders. BGHR-report 2004, 183; Balthasar JuS 2004, 571; Krügermayer-Kalthoff MDR 2004, 166; Schneider AnwBl 2004, 121; AG Potsdam NJW-RR 2003, 1080; LG Hanau MDR 2002, 1032; AG Hamburg-Bergedorf MDR 2002, 851; LG Ravensburg BRAK-Mitt. 2002, 99.

¹⁰⁹ Einsiedler NJW 2001, 1549; Prechtel NJW 1999, 3617 f.; ders. MDR 2003, 667 (668); ders. BGHR-report 2004, 183; OLG Dresden NJW-RR 2002, 929; ausf. dazu Stöber AGS 2006, 413 (416).

¹¹⁰ Anders/Gehle/Bünnigmann Rn. 20; aA BGH NJW 1991, 3095; BayObLG NJW-RR 2001, 928; NJW 2003, 366; AnwBl 2003, 120; OLG Hamburg BRAK-Mitt. 2002, 44; OLG Köln NJW-RR 1997, 825; LG Magdeburg NJW-RR 2003, 130; LG Berlin MDR 2002, 1096; krit. auch Scherf NJW 2004, 722.

¹¹¹ BGHZ 157, 20 = NJW 2004, 54; BGH NJW-RR 2004, 932; OLG Karlsruhe NJW 2003, 2174; LG München NJW-RR 2002, 206; LG Hanau MDR 2003, 1032; MüKoZPO/Patzina/Windau Rn. 34 f.

¹¹² OLG Dresden NJW-RR 2002, 929.

- Europäischen Gemeinschaft haben, ist jedoch Art. 7 Nr. 1 lit. b Alt. 2 EuGVVO zu berücksichtigen; maßgeblich ist idR der Kanzleisitz als einheitlicher Erfüllungsort.¹¹³
- **Arbeitsverträge.** Im Hinblick auf den Gerichtsstand des § 29 Abs. 1 ist bei Arbeitsverhältnissen idR von einem einheitlichen (gemeinsamen) Erfüllungsort auszugehen (→ Rn. 17).¹¹⁴ Maßgebend ist der wirtschaftliche und technische Mittelpunkt des Arbeitsverhältnisses.¹¹⁵ Abzustellen ist daher nicht auf den Unternehmenssitz,¹¹⁶ sondern grundsätzlich auf den Beschäftigungsort, an dem der Arbeitnehmer die Arbeitsleistung zu erbringen hat.¹¹⁷ Dieser Gerichtsstand des Erfüllungsorts gilt für alle Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis.¹¹⁸ Auf die Frage, von wo aus das Arbeitsentgelt gezahlt wird und wo sich die Personalverwaltung befindet, kommt es regelmäßig nicht an. Lässt sich wegen wechselnder Einsatzorte ein Mittelpunkt des Arbeitsverhältnisses nicht bestimmen, ist der Ort entscheidend, an dem das Direktionsrecht durch Weisungerteilung ausgeübt wird,¹¹⁹ regelmäßig handelt es sich dabei um den Betriebsitz.¹²⁰ Der Erfüllungsort für die Arbeitsleistung eines für die Bearbeitung in einem größeren fest bestimmten Bezirk reisenden Angestellten ist jedoch dessen Wohnsitz, wenn er von dort aus seine Reisetätigkeit ausübt. Dies gilt unabhängig davon, ob er täglich nach Hause zurückkehrt und in welchem Umfang er vom Betrieb Anweisungen für die Gestaltung seiner Reisetätigkeit erhält.¹²¹ Bei fliegendem Personal (Piloten/innen und Flugbegleiter/innen) ist für den besonderen Gerichtsstand des Arbeitsortes regelmäßig gem. § 48 Abs. 1a S. 2 ArbGG an den vertraglich als „Heimatbasis“ vereinbarten Flughafen anzuknüpfen.¹²² Nach anderer Ansicht ist auch insofern auf den Ort abzustellen, von dem aus die Arbeitsleistungen tatsächlich gelenkt werden.¹²³ Die örtliche Zuständigkeit des Arbeitsgerichts richtet sich nicht nach dem Erfüllungsort des Arbeitsverhältnisses iSd § 29 Abs. 1, sondern nach dem Unternehmenssitz des beklagten Arbeitgebers gemäß § 17 Abs. 1, wenn sich der Arbeitnehmer bereits in der Freistellungsphase eines Altersteilzeitverhältnisses nach dem Blockmodell befindet.¹²⁴
 - **Architektenverträge.** Zur Bestimmung des Erfüllungsortes ist darauf abzustellen, ob dem Architekten die umfassende Baubetreuung mit Folge der Überwachung und Kontrolle als ortsbezogenes Geschäft am Ort der Baustelle¹²⁵ anvertraut ist. In diesem Fall liegt der gemeinsame Erfüllungsort entsprechend den Grundsätzen beim Werkvertrag über ein Gebäude (→ Rn. 36) beim Bauwerk.¹²⁶ Ist der Architekt dagegen lediglich mit Aufgaben der Planung betraut, wird ein gemeinsamer Erfüllungsort für die Vertragsverpflichtungen am Ort des Bürositzes des beauftragten Architekten angenommen.¹²⁷ Nach richtiger Ansicht ist jedoch entsprechend dem Grundsatz der Bestimmung des Erfüllungsortes für jede Pflicht gesondert (→ Rn. 14) nach § 269 Abs. 1 BGB für die Planungsleistungen der Geschäftsitz des Architekten und für die Zahlungspflicht des Auftraggebers dessen Geschäfts- oder Wohnsitz maßgebend.¹²⁸ Kommt es entgegen der vertraglichen Vereinbarung nicht zur Errichtung des Bauwerks, wird ein einheitlicher Erfüllungsort am Wohnsitz des Auftraggebers unterstellt.¹²⁹
 - **Ausbildungsverträge.** Bei Verträgen, deren Gegenstand die Erbringung von Schulungen bzw. Unterricht beinhaltet, ist der Kursort¹³⁰ bzw. der Internatsitz¹³¹ Erfüllungsort für die beiderseitigen Leistungspflichten.
 - **Behandlungsverträge.** In Bezug auf ärztliche Behandlungsverträge oder mit einem Heilpraktiker geschlossene Verträge ist die Rechtsprechung nicht einheitlich. Überwiegend wird jedoch ebenfalls auf die vertragscharakteristische Leistung abgestellt und ein einheitlicher Erfüllungsort am Ort der Praxis bzw. des Krankenhauses angenommen.¹³² Diese Ansicht wird auch (bei nichtstationärer Behandlung) auf Zahnarztpraxen übertragen, bei denen sich deshalb ebenfalls der gemeinsame Erfüllungsort am Praxisort befinden soll.¹³³ Nach anderer Ansicht ist kein gemeinsamer Erfüllungsort angezeigt. Daher gelte unabhängig davon, ob es sich um stationäre oder ambulante Behandlung bzw. Behandlung in der Praxis eines niedergelassenen Arztes handelt, für die Verpflichtung zur Zahlung eines privatärztlichen Honorars

21

¹¹³ Neumann/Spangenberg BB 2004, 901; ausf. zu Art. 5 Nr. 1 EuGVVO Rauscher NJW 2010, 2251.

¹¹⁴ BAG NZA 1994, 479; 1986, 366; EuGH EuZW 2003, 412; LAG Baden-Württemberg AuR 2005, 165.

¹¹⁵ BAG NZA 1994, 479.

¹¹⁶ LAG Nürnberg BB 1969, 1271; LG Braunschweig GRUR 1976, 585 (586 f.); Rewolle BB 1979, 170.

¹¹⁷ BAG NZA 2005, 297 mAnm Franzen IPRax 2006, 221; 2003, 339; EzA § 36 Nr. 18; NJW 2002, 3196; BGH ZIP 1985, 157; LAG Baden-Württemberg AuR 2005, 165; ArbG Chemnitz NZA 1997, 1362; Tappermann NJW 1973, 2096.

¹¹⁸ BAG NZA 2003, 339; BAGE 95, 372; NJW 1995, 2373 (Zeugniserteilung).

¹¹⁹ LAG Mainz NZA 1985, 540; ArbG Pforzheim NZA 1994, 384.

¹²⁰ BGH ZIP 1985, 157.

¹²¹ BAG NJW-RR 1988, 482; LAG Berlin-Brandenburg ArbRB 2009, 171; LAG Baden-Württemberg AuR 2005, 165; ArbG Bayreuth NZA 1993, 1055; Müller BB 2002, 1095; Schulz NZA 1995, 15.

¹²² LAG München (1 SHA 22/18) BeckRS 2019, 890.

¹²³ ArbG Regensburg NZA 1995, 96; Ehler BB 1995, 1849; Ostrop/Zumkeller NZA 1994, 644; ArbG Bamberg NZA 1995, 96.

¹²⁴ ArbG Dortmund NZA 2002, 1359.

¹²⁵ OLG Stuttgart BauR 1977, 72 mAnm Locher; OLG Frankfurt a. M. MDR 1993, 683 (684).

¹²⁶ BGH NJW 2001, 1936 mzustAnm Wenner EWiR 2001, 625; OLG Hamm NJW-Spezial 2012, 205; LG Kaiserslautern IBR 2006, 369.

¹²⁷ OLG Zweibrücken BauR 1990, 513 f.; LG Baden-Baden BauR 1982, 606; OLG Oldenburg NJW-RR 1999, 865; aA LG Mainz NJW-RR 1999, 670; LG Kaiserslautern NJW 1988, 652; Elzer IBR 2012, 2937.

¹²⁸ OLG Köln MDR 1994, 729; KG BauR 1999, 940; LG Ellwangen NZBau 2010, 255; LG Mainz NJW-RR 1999, 670.

¹²⁹ OLG Oldenburg NJW-RR 1999, 865 mwN.

¹³⁰ OLG Karlsruhe NJW-RR 1986, 351; (9 AR 29/12) BeckRS 2013, 05928.

¹³¹ OLG Hamm (32 SA 54/15) BeckRS 2016, 01121; OLG Hamm NJW-RR 1989, 1530.

¹³² BGH NJW 2012, 860; BayObLG NJW-RR 2006, 15; MDR 2005, 677 (Belegarztvertrag); OLG Karlsruhe BeckRS 2010, 00033 = MedR 2010, 508; Celle NJW 1990, 777 f.; MDR 2007, 604; LG München NJW-RR 2003, 488; MDR 2003, 53; AG Rottweil NJW-RR 1999, 866; Schinnenburg MedR 2001, 401; Münch/Roth Rn. 44; Zöllner/Schultzky Rn. 25 „Ärztlicher Behandlungsvertrag“; Hauser MedR 2006, 332; Kern/Diehm/Eymelt-Niemann Rn. 34.

¹³³ AG Hamburg-Blankenese (531 C 241/15) BeckRS 2016, 15939.

nicht der Ort der Klinik oder Praxis, sondern der Wohnsitz des Patienten als maßgeblich.¹³⁴ Hierfür spricht insbesondere die zwingende Vorgabe des Erfüllungsortes durch das materielle Recht (§ 269 BGB). Zudem besteht der Schwerpunkt der wechselseitigen Leistungen aufgrund (auch nach der Verkehrssitte) meist nachträglicher Honorarbegleichung nicht einheitlich am Ort der Praxis und es fehlt an kumulativ erforderlichen Umständen, wie zB einer Abnahmepflicht des Patienten am Behandlungsort. Zudem besteht anderenfalls die Gefahr, dass § 29 in systematischem Widerspruch zu §§ 12 ff. (Beklagten-schutz) zu einem reinen „Klägergerichtsstand“ verkümmert.¹³⁵

- **Beherbergungsverträge.** Solche haben wegen der beiderseitigen ortsbezogenen Verpflichtungen den Gerichtsstand des Beherbergungsortes. Dies gilt auch dann, wenn der Gast das Hotel nicht aufgesucht hat,¹³⁶ da das keinen Einfluss auf die Vertragspflichten und deren Erfüllungsort haben kann und ansonsten die vertragswidrige Partei prozessual ungerechtfertigt nur am allgemeinen Gerichtsstand verklagt werden könnte.¹³⁷ Etwas Anderes gilt für den Fall, dass der Beherbergungsvertrag für einen Kunden vom Reisebüro im eigenen Namen abgeschlossen wird; insofern kommt ein einheitlicher Erfüllungsort nicht in Betracht, sondern der Gerichtsstand für die Zahlungsklage ist dann regelmäßig der Sitz des Reisebüros.¹³⁸ Auch → Rn. 32 „Reiseverträge“.
- **Beratungsverträge.** Bei der Verletzung von Pflichten aus einem Beratungsvertrag hinsichtlich einer Kapitalanlage ist der Ort des Beratungsgesprächs entscheidend. Dies gilt auch dann, wenn sich die Klage gegen mehrere Beklagte richtet.¹³⁹ Im Fall der telefonischen Beratung wird der (Wohn-)Sitz des Beratenen für maßgeblich gehalten.¹⁴⁰
- **Bürgschaftsverträge.** Wegen des Anspruchs aus der **Bürgschaft** ist bei Fehlen einer anderweitigen Vereinbarung der (Wohn-)Sitz des Bürgen maßgeblich.¹⁴¹ Der Erfüllungsort für die Bürgschaftsschuld richtet sich nicht nach dem Hauptschuld.¹⁴² Verpflichtet sich der Gläubiger dem Bürgen gegenüber, eine zur Sicherung der Hauptschuld bestellte Grundschuld an diesen abzutreten, so ist diese Verpflichtung am Sitz des Gläubigers zu erfüllen,¹⁴³ weil der Wohnsitz des Gläubigers als Schuldner der auf die Zession gerichteten Forderung des Bürgen für die Bestimmung des Leistungsortes ausschlaggebend ist, § 269 Abs. 1 BGB.
- 22 – **Darlehensverträge.** Es gilt kein einheitlicher Erfüllungsort (→ Rn. 17).¹⁴⁴ Das zuständige Gericht ist für die jeweilige Verpflichtung gesondert zu bestimmen. Für den Rückzahlungsanspruch ist daher als Gerichtsstand nicht das Geschäftslokal der kreditierenden Bank,¹⁴⁵ sondern der Wohnsitz des Schuldners (§§ 269 Abs. 1, 270 Abs. 1, 4 BGB) maßgebend.¹⁴⁶ Die Pflicht der Bank zur Gewährung des Darlehens ist dagegen an ihrem Sitz bzw. am Ort ihrer Niederlassung zu erfüllen.¹⁴⁷ Dies beinhaltet insbesondere die Rückforderung der sog. „Darlehensgebühren“ bzw. Bearbeitungsgebühren durch das Kreditinstitut, wobei sich der Erfüllungsort, der für die Beurteilung des § 29 von Bedeutung ist, dann entsprechend an dem Ort des kontoführenden Unternehmens befindet.¹⁴⁸ Liegt ein verbundener, etwa der Finanzierung eines Kraftfahrzeugs dienender Verbraucher-Darlehensvertrag vor, so ist der Wohnsitz des Darlehensnehmers entscheidend. Dies gilt sowohl im Hinblick auf einen Widerruf des Darlehensvertrages betreffende negative Feststellungsklage,¹⁴⁹ als auch bezüglich aller aus dem Rückgewährschuldverhältnis folgenden Ansprüche.¹⁵⁰
- **Dienstverträge.** Regelmäßig ist der Leistungsort der Dienste maßgeblicher Anknüpfungspunkt.¹⁵¹ Es bleibt abzuwarten, ob auf Grund der geänderten Rechtsprechung zum Anwaltsvertrag (→ Rn. 20) auch für Dienstverträge von Angehörigen anderer freier Berufe eine differenzierte Beurteilung der jeweiligen

¹³⁴ OLG Zweibrücken NJW-RR 2007, 1145; LG Hagen MedR 2009, 675; LG Magdeburg NJW-RR 2008, 1591; LG Mainz NJW 2003, 1612; LG Osnabrück NJW-RR 2003, 789; AG Frankfurt a.M. NJW 2000, 1802f.; AG Köln NJW-RR 1995, 185; Prechtel MDR 2006, 246; vgl. auch LG Heidelberg NJW-RR 2014, 777; explizit gegen einheitlichen Erfüllungsort bei ambulanter Behandlung AG Münster (48 C 3429/18) BeckRS 2019, 959.

¹³⁵ AG Münster (48 C 3429/18) BeckRS 2019, 959.

¹³⁶ OLG Nürnberg NJW 1985, 1296 (1297); LG Münster (03 S 125/17) BeckRS 2018, 2673; LG Kempten BB 1987, 929; Nettesheim BB 1986, 547 (548); AG Neuss NJW-RR 1986, 1210 (Ferienhaus); aA AG Münster (48 C 2016/17) BeckRS 2017, 127475; LG Bonn MDR 1985, 588; AG Freyung MDR 1979, 850; Wiczorek/Schütze/Smid/Hartmann Rn. 65.

¹³⁷ MüKoZPO/Patzina/Windau Rn. 32.

¹³⁸ BGH NJW-RR 2007, 777.

¹³⁹ OLG Zweibrücken NJW-RR 2012, 831; OLG Karlsruhe (9 AR 7/13) BeckRS 2013, 12648; OLG Brandenburg (1 Z) Sa 42/13 BeckRS 2013, 12062.

¹⁴⁰ Vgl. OLG München (34 AR 336/12) BeckRS 2013, 01166.

¹⁴¹ BGH NJW 1997, 398; 1995, 1546; BayObLG Rpfleger 2003, 139; OLG Düsseldorf NJW 1969, 380 (Wechselbürgschaft); MüKoZPO/Patzina/Windau Rn. 23.

¹⁴² BayObLG BeckRS 2003, 30321855 = MDR 2003, 1103.

¹⁴³ BGH NJW 1995, 1546.

¹⁴⁴ LG Freiburg BKR 2016, 289.

¹⁴⁵ LG Kassel NJW-RR 1989, 106; Grüneberg/Grüneberg § 269 Rn. 10; Vollkommer BB 1974, 1316; BayObLG NJW-RR 1996, 956; aA AG Hamburg BB 1974, 1316.

¹⁴⁶ BGH NJW-RR 2005, 581; OLG Brandenburg (4 U 202/20) BeckRS 2022, 2640; OLG Stuttgart BB 1992, 2386; BayObLG NJW-RR 1996, 956; OLG Düsseldorf RfW 2001, 63; vgl. MüKoZPO/Patzina/Windau Rn. 66 (die aufgezählten Grundsätze für den Rückgewähranspruch sind auf die Rückzahlung des Darlehens übertragbar).

¹⁴⁷ OLG Dresden ZIP 2001, 1531.

¹⁴⁸ AG Brandenburg (31 C 355/15) BeckRS 2016, 08470.

¹⁴⁹ KG Berlin (4 U 1048/20) BeckRS 2021, 2365; OLG Brandenburg (4 U 95/20) BeckRS 2021, 10379; OLG Saarbrücken (4 U 100/19) BeckRS 2020, 22237 (sog. Spiegelbildformel); OLG Köln (13 U 20/19) BeckRS 2020, 17120; OLG Stuttgart (6 U 316/19) BeckRS 2020, 15985; NJW-RR 2019, 1067 (1068); OLG Hamm (31 U 114/18) BeckRS 2019, 34977; (31 U 90/19) BeckRS 2019, 34978; (31 U 35/19) BeckRS 2019, 38910; aA LG Regensburg (83 O 1498/19) BeckRS 2019, 34725 (Sitz des beklagten Leasinggebers); LG Köln (34312) BeckRS 2019, 34312.

¹⁵⁰ OLG Saarbrücken (4 U 100/19) BeckRS 2020, 22237.

¹⁵¹ BGH ZIP 1985, 157; BayObLG ZIP 1992, 1652 (GmbH-Geschäftsführervertrag); OLG Celle NJW 1990, 777; LG Hamburg NJW 1976, 199; Stein/Roth Rn. 44; Anders/Gehle/Bünnigmann Rn. 20 „Dienstvertrag“.

- Verpflichtung geboten ist. Bisher wurde für Notare,¹⁵² und Steuerberater¹⁵³ auf den Amtssitz bzw. den Kanzleiort als gemeinsamer Erfüllungsort abgestellt. Für den Wirtschaftsprüfer wird der Gerichtsstand des Erfüllungsortes auf Grund des Schwerpunktes seiner Tätigkeit am Sitz der zu prüfenden Gesellschaft angenommen.¹⁵⁴ Für „Anwaltsverträge“, „Architektenverträge“ und für „Behandlungsverträge“ → Rn. 21.
- **Energiefieferungsverträge.** Für die sich aus einem Energie- oder Wasserlieferungsvertrag ergebenden 23
Verpflichtungen beider Vertragspartner gilt der Ort der Abnahme als gemeinsamer Erfüllungsort, da an diesem nicht nur das Versorgungsunternehmen seine Hauptleistungspflicht, sondern auch der Abnehmer wesentliche Pflichten zu erfüllen hat.¹⁵⁵
 - **Frachtverträge.** Solche haben grundsätzlich den Erfüllungsort am Bestimmungs- bzw. Ablieferungsort 24
der Sache,¹⁵⁶ während für den Anspruch auf Zahlung der Fracht der Wohnsitz des Schuldners entscheidend ist.¹⁵⁷ Für Frachtverträge, die dem HGB unterfallen (§ 407 Abs. 3 HGB), gilt der zusätzliche Gerichtsstand des § 440 HGB. Besonderheiten gelten für Straßenbeförderungsverträge zwischen verschiedenen Staaten iSd Art. 1 CMR. Art. 31 Abs. 1b CMR bestimmt insoweit die internationale Zuständigkeit der Gerichte des Ortes der Übernahme bzw. der Ablieferung des Gutes.¹⁵⁸ Soweit dann die deutsche internationale Zuständigkeit gegeben ist, gelten hinsichtlich des Gerichtsstandes die allgemeinen Regeln deutschen Prozessrechts; maßgeblich ist der Ablieferungsort.¹⁵⁹ Beim Seefrachtvertrag ist der Bestimmungshafen der Gerichtsstand begründende Erfüllungsort.¹⁶⁰ Für den Luftfrachtvertrag ist § 56 LuftVG zu beachten.
 - **Geldschulden.** Diese sind gemäß § 270 Abs. 1 BGB grundsätzlich Schickschulden.¹⁶¹ Damit wird aber 25
der Gläubigerwohnsitz nicht zwingend zum Gerichtsstand von auf Zahlung von Geld gerichteten Klagen. Vielmehr greift § 270 Abs. 4 BGB ein. Der Zahlungsanspruch ist daher am (Wohn-)Sitz des Schuldners geltend zu machen, § 269 Abs. 1, 2 BGB.¹⁶² Dies gilt auch für die Klage auf Zahlung des Kaufpreises (vgl. → Rn. 28 „Kaufverträge“).¹⁶³ Im Hinblick auf EuGH NJW 2008, 1935 wird auch vertreten, dass es sich bei der Geldschuld um eine Bringschuld handelt.¹⁶⁴
 - **Gesamtschuldner.** Grundsätzlich erfolgt die Bestimmung des Erfüllungsortes für jeden Gesamtschuldner 26
selbständig.¹⁶⁵ Dabei kann die Leistung eines jeden Gesamtschuldners an einem einheitlichen Ort zu erbringen sein.¹⁶⁶ Soweit die Ausgleichsforderung eines Gesamtschuldners in Rede steht, ist, wenn keine andere Bestimmung greift, der Erfüllungsort nach § 269 Abs. 1 BGB der Wohnsitz des Beklagten. Erforderlich erscheint ein Regressanspruch zwischen den Gesamtschuldnern, der auf einem Vertragsverhältnis beruht.¹⁶⁷ Sollen Gesamtschuldner (zB der frühere Prozessbevollmächtigte und der frühere Korrespondenzanwalt) auf Schadenersatz in Anspruch genommen werden, ist der Gerichtsstand des § 29 Abs. 1 nicht begründet.¹⁶⁸ Im Übrigen gilt für **Gesamthandsschulden** ein einheitlicher Erfüllungsort.¹⁶⁹
 - **Gesellschaftsverträge.** Maßgeblicher Erfüllungsort bei Handelsgesellschaften ist der Sitz der Gesell-
schaft.¹⁷⁰ Das gilt sowohl für die Verpflichtungen der Gesellschafter gegenüber der Gesellschaft¹⁷¹ als auch bei Klagen aus Organhaftung.¹⁷² Wird nach § 15 Abs. 4 S. 1 InsO von den Geschäftsführern Schadenersatz im Sinne einer Wiederauffüllung der Masse verlangt, weil pflichtwidrig nach Eintritt der Zahlungsunfähigkeit noch Zahlungen geleistet worden sind, so gilt auch hierfür der Sitz der Gesellschaft als Erfüllungsort.¹⁷³ Bei Klagen gegen die für eine Gesellschaftsschuld haftenden Gesellschafter ist der Erfüllungsort für die Gesellschaftsschuld erheblich.¹⁷⁴ Dies gilt auch für Klagen gegen die Gesellschafter einer GbR wegen der Gesellschaftsschuld.¹⁷⁵ Hingegen ist bei Streitigkeiten zwischen den Gesellschaftern einer GbR auf den Wohnsitz des Schuldners abzustellen.¹⁷⁶ Im Übrigen ist der besondere Gerichtsstand des § 22 zu berücksichtigen.

¹⁵² KG JW 1927, 1324.

¹⁵³ LG Darmstadt AnwBl 1984, 503; BayObLG NJW 2003, 1196; aA LG Berlin NJW-RR 2002, 207 (Steuerberaterhonorar am Wohnsitz des Mandanten); offen gelassen von BGH NJW 2003, 3201 (3202).

¹⁵⁴ BayObLG (1 AR 87/19) BeckRS 2019, 20913; LG Bonn BB 2005, 994 mAnm Ditzes; MüKoZPO/Patzina/Windau Rn. 63.

¹⁵⁵ BGH NJW 2003, 3418; OLG Jena MDR 1998, 828; OLG Rostock RdE 1997, 76; OLG Dresden RdE 2000, 160 f.; LG Darmstadt RdE 1994, 75; Anders/Gehle/Bünnigmann Rn. 20 „Versorgungsvertrag“; Riemer RdE 1989, 242; Stein/Roth Rn. 44; MüKoZPO/Patzina/Windau Rn. 32; aA LG Leipzig MDR 1999, 1086.

¹⁵⁶ Wiczorek/Schütze/Hausmann Rn. 63.

¹⁵⁷ OLG Hamburg RIW 1991, 61 (62); OLG Dresden RIW 1999, 968; Anders/Gehle/Bünnigmann Rn. 20.

¹⁵⁸ Vgl. BGH NJW-RR 2004, 762; OLG Stuttgart OLG 2002, 336; OLG Hamm RIW 1987, 470 (471); Hopt/Markt CMR Art. 31 Rn. 2 f.

¹⁵⁹ Hopt/Markt CMR Art. 31 Rn. 2.

¹⁶⁰ OLG Bremen VersR 1985, 987.

¹⁶¹ OLG Hamm OLGZ 1991, 79 (80); LG Bonn MDR 1985, 588.

¹⁶² BGHZ 120, 334 (347 f.) = NJW 1993, 1073 (1076); OLG Stuttgart NJW-RR 2021, 967; OLG Hamm (32 SA 59/14) BeckRS 2014, 18500 (unter Hinweis auf die in Anlehnung an EuGH NJW 2008, 1935 zT vertretene aA, dass der Erfüllungsort bei richtlinienkonformer Auslegung am Sitz des Gläubigers liegt).

¹⁶³ BGHZ 113, 106 (111).

¹⁶⁴ Grüneberg/Grüneberg § 270 Rn. 1; Staudinger/Bittner § 270 Rn. 17.

¹⁶⁵ BayObLG MDR 1998, 180.

¹⁶⁶ BGH NJW 1986, 935.

¹⁶⁷ OLG Hamm FamRZ 2003, 315; BeckOK ZPO/Toussaint Rn. 17.3; MüKoZPO/Patzina/Windau Rn. 21.

¹⁶⁸ BayObLG NJW-RR 1996, 52.

¹⁶⁹ Zöller/Schultzky Rn. 25 „Gesamtschuld“.

¹⁷⁰ OLG Karlsruhe OLG 2003, 432; OLG Schleswig BB 2004, 462.

¹⁷¹ OLG Jena ZIP 1998, 1497.

¹⁷² BGH NJW-RR 1992, 801.

¹⁷³ BGH NJW-RR 2019, 1181; OLG München NZG 2017, 749; Gabriel NZI 2024, 865, 867.

¹⁷⁴ BayObLG DB 2002, 2318.

¹⁷⁵ BayObLG MDR 2002, 1360; OLG Stuttgart (9 U 189/09) BeckRS 2010, 18622.

¹⁷⁶ BayObLG BB 1996, 2115; OLG Zweibrücken EWidR 1998, 911 (Auseinandersetzungsanspruch nach § 734 BGB).

- 26 – **Handelsvertreterverträge.** Solche weisen keinen einheitlichen Gerichtsstand (→ Rn. 17) auf.¹⁷⁷ Die Bestimmung des Erfüllungsortes erfolgt für jede Pflicht gesondert. Erfüllungsort der Pflichten des Handelsvertreters ist grundsätzlich dessen Geschäftssitz;¹⁷⁸ teilweise wird auch der Ort der Tätigkeit des Handelsvertreters angenommen.¹⁷⁹ Soweit ein Anspruch auf Erteilung eines Buchauszuges gegen den Unternehmer in Rede steht oder seine Zahlungspflicht geltend gemacht wird, ist der Unternehmenssitz maßgebend.¹⁸⁰
- 27 – **Internetverträge.** Soweit nur der Vertragsschluss im Internet erfolgt ist, die Abwicklung aber herkömmlichen Regeln folgt, gelten keine Besonderheiten. Wird ein Kaufvertrag geschlossen, der das Herunterladen von Software von einem Server gegen Geldzahlung beinhaltet, ist entsprechend den Grundsätzen zum Kaufvertrag (→ Rn. 28) kein einheitlicher auf Ortsgebundenheit beruhender Erfüllungsort anzunehmen.¹⁸¹ Vielmehr gilt für die Zahlungspflicht des Käufers dessen Wohnsitz und für die Bereitstellung der Software der Standort des Servers beim Anbieter als maßgeblich.¹⁸² Geht es um die Bereitstellung eines DSL-Anschlusses ist der Erfüllungsort am (Wohn-)Sitz des Kunden,¹⁸³ während die Klage auf Freigabe des DS L-Ports sowie Feststellung der Vertragsbeendigung am Geschäftssitz des Diensteanbieters zu erheben ist.¹⁸⁴ Gleichermaßen wird für einen Mobilfunkvertrag die jeweilige Leistungspflicht als maßgeblich angesehen; im Hinblick auf die Entgeltzahlungen ist der Wohnort des Kunden im Zeitpunkt des Vertragsschlusses der Anknüpfungspunkt.¹⁸⁵
- 28 – **Kaufverträge:** Es gilt grundsätzlich kein einheitlicher Erfüllungsort (→ Rn. 17). Für die Kaufpreisklage ist daher der **Wohnort des Käufers** entscheidend.¹⁸⁶ Dessen (Wohn-)Sitz ist auch Erfüllungsort für die kaufvertraglichen Nebenpflichten wie etwa die Abnahme nach § 433 Abs. 2 BGB,¹⁸⁷ so dass an diesem Gerichtsstand auch wegen Verletzung der Pflicht (zB Annahmeverzug nach § 293 BGB) zu klagen ist.¹⁸⁸ Wird der Kaufpreis kreditiert, ist Erfüllungsort nach der allgemeinen Regel des § 269 Abs. 1, 2 BGB der (Wohn-)Sitz des Schuldners,¹⁸⁹ und zwar auch bei Hingabe eines garantierten Schecks zahlungshalber. Bei Barkäufen etwa im Ladenlokal oder bei einer Auktion ist zur Bestimmung des Erfüllungsortes auf den Ort des Geschäftsabschlusses als einheitlicher Erfüllungsort abzustellen.¹⁹⁰ Dies gilt jedoch nicht, wenn beispielsweise eine auf ständiger Übung beruhende Vorleistungspflicht des Verkäufers besteht.¹⁹¹ Wird durch den Verkäufer die Anlieferung der Ware übernommen, ist beim Fehlen einer anderweitigen Bestimmung idR eine Bringschuld anzunehmen.¹⁹² Damit gilt etwa bei der Lieferung von Nutztieren,¹⁹³ Kohle, Heizöl oder Möbeln¹⁹⁴ oder im Versandhandel¹⁹⁵ der Sitz des Käufers als Erfüllungsort idS § 29 Abs. 1. In Fällen der Klage auf **Rückgewähr der Leistung** Zug-um-Zug (vgl. → Rn. 10) ist die Klage einheitlich an dem Ort zu erheben, wo sich der Kaufgegenstand vertragsgemäß befindet bzw. befinden müsste (sog. Austauschort, idR der Wohnsitz des Käufers)¹⁹⁶ bzw. beim Grundstückskauf der Ort der Belegenheit desselben, sofern keine vertragliche Vereinbarung vorliegt.¹⁹⁷ Dies gilt auch, soweit Rückgewähransprüche bei Teilzahlung und Widerruf nach §§ 346, 357, 355, 495 Abs. 1, 503 Abs. 1 BGB geltend gemacht werden.¹⁹⁸ Wider dem Grundsatz, das zuständige Gericht für die jeweilige Leistungspflicht gesondert zu ermitteln (→ Rn. 14), muss dieser einheitliche Erfüllungsort auch dann maßgeblich sein, wenn der Käufer die Sache bereits zurückgegeben hat und nur noch Rückzahlung verlangt, weil er sonst schlechter stehen würde, als wenn er die Sache noch nicht zurückgewährt hätte.¹⁹⁹ Ebenso ist der Austauschort für neben dem Rücktritt (vgl. § 325 BGB) geltend gemachten Schadensersatz statt der

¹⁷⁷ BGH DB 1988, 549; NJW 1988, 966; 1993, 2754; OLG München (7 U 185/15) BeckRS 2015, 09718; aA Emde RIW 2003, 509.

¹⁷⁸ OLG Frankfurt a. M. OLG 1995, 154; Prütting/Gehrlein/Wern Rn. 14 „Handelsvertretervertrag“.

¹⁷⁹ BGHZ 53, 332 (337); LG Heidelberg IPRspr. 1973 Nr. 129a.

¹⁸⁰ BGH NJW 1988, 966 (967); 1993, 2754; OLG München (7 U 185/15) BeckRS 2015, 09718; OLG Frankfurt a. M. RIW 1980, 585.

¹⁸¹ AG München CR 2001, 132; Stein/Roth Rn. 21.

¹⁸² Stein/Roth Rn. 21.

¹⁸³ AG Fürth (340 C 3088/08) BeckRS 2009, 21512.

¹⁸⁴ AG Bremen (10 C 269/09) BeckRS 2009, 26784.

¹⁸⁵ OLG Frankfurt a. M. (11 SV 110/13) BeckRS 2014, 03144; OLG Brandenburg (1 (Z) Sa 19/14) BeckRS 2014, 10929.

¹⁸⁶ BGHZ 113, 106 (111); NJW 1993, 1076; Kern/Diehm/Eymelt-Niemann Rn. 34.

¹⁸⁷ RGZ 49, 72.

¹⁸⁸ RGZ 55, 423.

¹⁸⁹ Wiczorek/Schütze/Smid/Hartmann Rn. 46.

¹⁹⁰ BGH NJW-RR 2003, 192 (193); NJW 2004, 54 (55); OLG Düsseldorf NJW 1991, 1492 (1493); OLG München NJW 1975, 504 mAnm Geimer NJW 1975, 1086; RGZ 102, 282 f.

¹⁹¹ BGH NJW-RR 2003, 192 (193).

¹⁹² MüKoBGB/Krüger § 269 Rn. 20; Grüneberg/Grüneberg § 269 Rn. 10, 13.

¹⁹³ Vgl. BGH BB 2004, 853 (854) (zu Art. 57 Abs. 1 lit. b CISG).

¹⁹⁴ Grüneberg/Grüneberg § 269 Rn. 10; OLG Oldenburg NJW-RR 1992, 1527.

¹⁹⁵ OLG Stuttgart NJW-RR 1999, 1576 (1577); OLG Frankfurt a. M. NJW-RR 1989, 957; MüKoBGB/Krüger § 269 Rn. 20; Borges DB 2004, 1815; aA BGH NJW 2003, 3341; Lorenz JuS 2004, 105 (106).

¹⁹⁶ BGHZ 87, 104 (109) = NJW 1983, 1479 (1480); OLG Brandenburg (4 U 168/21) BeckRS 2022, 1770; OLG Jena (4 U 1208/19) BeckRS 2020, 6866; BayObLG (1 AR 18/20) BeckRS 2020, 5678 (auch iHa Erstattung der vorprozessualen Anwaltskosten); MDR 2004, 646; OLG Köln DAR 2011, 260; Zimmermann ZPO Rn. 5b; Stein/Roth Rn. 46; MüKoZPO/Patzina/Windau Rn. 66; Zöller/Schultzky Rn. 25 „Rückabwicklung“; aA LG Augsburg (082 O 2813/18) BeckRS 2018, 24513; Ströber NJW 2006, 2661 (2663); LG Krefeld MDR 1977, 1018; LG Stralsund (6 O 211/11) BeckRS 2011, 25552; AG Hechingen (2 C 463/11) BeckRS 2012, 18876; AG Köln (137 C 304/09) BeckRS 2009, 29736.

¹⁹⁷ OLG Saarbrücken NJW-RR 2022, 432; RGZ 70, 198; allg. zu Gewährleistungsansprüchen aus einem Grundstückskaufvertrag OLG Frankfurt a. M. MDR 2015, 299.

¹⁹⁸ OLG Köln NJW-RR 2021, 642; vgl. Mues ZIP 1996, 742 f. mwN.

¹⁹⁹ AG Münsingen CR 1993, 502; Stein/Roth Rn. 46; MüKoZPO/Patzina/Windau Rn. 66; aA RGZ 31, 383; auch gegen Schutzbedürftigkeit des Käufers aufgrund bewusster Risikoeingehung der Rückabwicklung an anderem Ort LG Augsburg (082 O 2813/18) BeckRS 2018, 24513.